

Grönlandzölle: Schaden abgewendet?

Thomas Obst / Samina Sultan / Jürgen Matthes, 29.01.2026

Die EU atmet auf. Doch allein die Androhung der Grönlandzölle hat große Unsicherheit erzeugt. Denn nach einer neuen IW-Schätzung hätte für Deutschland ein Schaden in Höhe von rund 0,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gedroht.

Im Sommer 2025 hatten die Europäische Union (EU) und die USA eine grundsätzliche Einigung im Zollstreit gefunden. Im sogenannten „Turnberry deal“ war die EU den USA an vielen Stellen entgegengekommen. Alles in der Hoffnung, dadurch zumindest ein gewisses Maß an Stabilität in den transatlantischen Handelsbeziehungen zu erzielen. Die letzten Tage haben gezeigt, dass dies wohl eine vergebliche Hoffnung war. So hatte der US-Präsident einigen europäischen Staaten, wegen der Entsendung von Truppen nach Grönland, zusätzliche Strafzölle in Höhe von 10 Prozent ab Februar und in Höhe von 25 Prozent ab Juni angedroht. Auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Davos hat er diese Drohung zwar wieder vom Tisch genommen, weil es vermeintlich eine Einigung mit der NATO über einen Rahmen für Verhandlungen zu Grönland gegeben hat, wobei die Details dieser Einigung derzeit noch nicht bekannt sind. Die Unsicherheit bleibt somit hoch. Die nächste Trump'sche Zolldrohung dürfte nicht lange auf sich warten lassen.

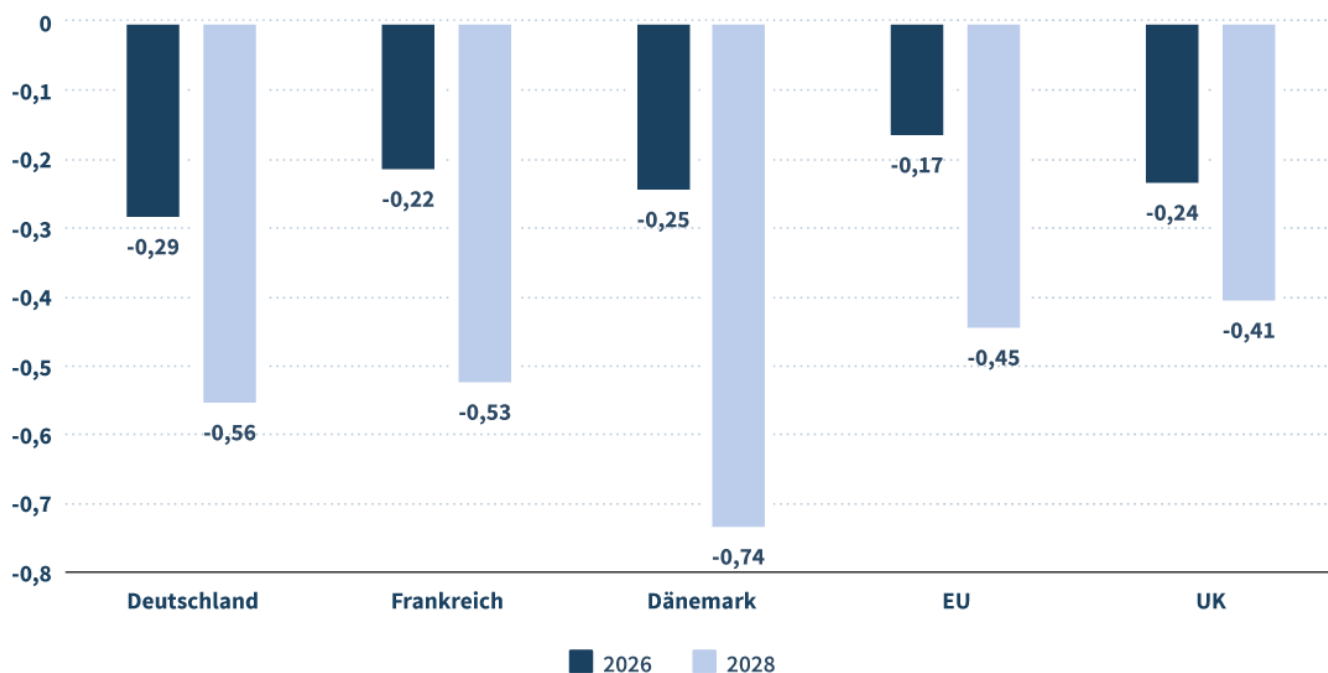
Schon der pauschale US-Importzoll von 15 Prozent und die zusätzlichen Stahl- und Aluminiumzölle in Höhe von 50 Prozent schaden dem deutschen US-Export erheblich (Sultan, 2025). Zusätzlich streut die Unsicherheit, die durch die erneuten Zolldrohungen entsteht, Sand ins Getriebe unserer Wirtschaft.

Trotz der Rücknahme der Zolldrohung ist es wichtig, die ökonomischen Auswirkungen potenzieller Grönlandzölle zu schätzen und mögliche Gefahren durch einen eskalierenden transatlantischen Handelsstreit aufzuzeigen. So quantifizieren Hinz et al. (2026) mit dem KITE-Handelsmodell den Schaden durch die Grönlandzölle für Deutschland mit einem Rückgang der realen Produktion um 0,08 Prozent bei dem Zollsatz von 10 Prozent bzw. 0,17 Prozent bei 25 Prozent Zoll in der kurzen Frist. Die reale Produktion in der EU würde diesen Berechnungen zufolge um 0,04 Prozent bzw. 0,08 Prozent sinken. Stärker betroffen wären Norwegen (bis -0,54 Prozent) und Großbritannien (bis -0,38 Prozent). Diese vergleichsweise geringen Effekte ergeben sich vor allem durch die Annahme, dass US-Exporte häufig auf andere Märkte umgeleitet werden können.

Fitch (2026) kommt auf einen deutlich höheren Schaden. Allein der Strafzoll von 10 Prozent würde das BIP in der EU bis Ende 2027 um 0,5 Prozent drücken, in Deutschland um 0,8 bis rund 1 Prozent. Bei einem Strafzoll von 25 Prozent wäre der Schaden jeweils doppelt so hoch. Die Bandbreite der Schätzungen ist groß, was vor allem an verschiedenen Schätzmodellen liegt. Während traditionelle Handelsmodelle den Vorteil haben, dass sie die Handelsverflechtungen und Umlenkungswirkungen gut abbilden, können sie die wirtschaftlichen Zweitundeneffekte und Vertrauensschocks nicht erfassen. Hier kann eine Schätzung mit dem globalen Oxford-Modell einen Mehrwert liefern.

Effekte der makroökonomischen Simulation der Grönlandzölle

Reales BIP, prozentuale Abweichung vom Basisszenario (ohne US-Handelszölle)



Quelle: Oxford Economics; Institut der deutschen Wirtschaft

Schätzung mit dem Oxford Modell

Das Oxford-Modell ist ein makroökonomisches Modell der globalen Wirtschaft. In der kurzen Frist sind vor allem nachfrageseitige Faktoren ausschlaggebend. Die Handelspolitik beeinflusst in einem betroffenen Land hauptsächlich die Inlandsnachfrage nach ausländischen Gütern und die ausländische Nachfrage nach den eigenen Exporten, die auch auf die heimische Investitionstätigkeit wirkt. Das Modell berücksichtigt die internationalen Verflechtungen zwischen den USA und weiteren Volkswirtschaften wie China, Schweden, Japan, Deutschland, der EU-27 oder dem Vereinigten Königreich (UK). Neben dem sofortigen Effekt eines Zollschocks erfasst es auch die damit verbundenen Multiplikator- und Zweitrundeneffekte im In- und Ausland, die erst im Zeitverlauf auftreten. Das Modell enthält jedoch keine branchenbezogenen Handelsdaten, sodass nur die Auswirkungen von durchschnittlichen Zolländerungen betrachtet werden können. Zudem können im Modell keine direkten Handelsumlenkungseffekte simuliert werden, beispielsweise wenn Deutschland aufgrund neuer US-Einfuhrzölle mehr in die EU-27 exportieren würde.

Auswirkungen der Grönlandzölle

In der vorliegenden Simulation wurden die zusätzlichen Handelszölle von 10 Prozent ab Februar 2026 und von 25 Prozent ab Juni 2026 für die von Trump ausgewählten Länder veranschlagt (ausgenommen Norwegen, da hier keine Zollvariable im Modell integriert ist). So läge der effektive US-Handelszoll ab Juni 2026 beispielsweise in Deutschland bei knapp 40 Prozent oder im UK bei knapp 35 Prozent. Die Abbildung vergleicht die Ergebnisse für die EU, das UK und drei weitere Länder mit dem Basisszenario ohne Einführung der Grönlandzölle. Dabei werden die prozentualen Abweichungen für das reale BIP in diesem Jahr und nach Einbezug der Zweitrundeneffekte für das Jahr 2028 dargestellt. Die adversen BIP-Effekte zeigen sich bereits im ersten Jahr der Einführung neuer US-Handelszölle, obwohl der 25-prozentige Zoll nur ein halbes Jahr wirkt. So läge das reale BIP-Niveau in Frankreich im Jahr 2026 um 0,2 Prozent niedriger als im Basisszenario, in Dänemark um 0,25 Prozent. Deutschland wäre mit einem BIP-Effekt von minus 0,3 Prozent am schwersten getroffen. Für die EU-27 ist der Effekt mit minus 0,17 Prozent geringer, vor allem, weil nicht alle EU-Staaten direkt betroffen sind.

Im Jahr 2028 wären die negativen makroökonomischen Auswirkungen gravierender. Deutschland wäre auch hier mit minus rund 0,6 Prozent stärker als andere Länder betroffen, nur von Dänemark mit minus 0,7 Prozent übertroffen. Im UK läge das reale BIP um rund 0,4 Prozent niedriger als im Basisszenario, in der EU und Frankreich um rund 0,5 Prozent. Die EU wäre im Jahr 2028 deutlich stärker betroffen, weil auch andere Mitgliedsstaaten über die engen Handelsverflechtungen im Zuge von Zweitrundeneffekten in Mitleidenschaft gezogen werden, ohne selbst mit US-Zöllen direkt belegt zu sein. So kommt es im Zeitverlauf nicht nur zu sinkenden Exporten in die USA, sondern auch zu einer nachlassenden Investitionstätigkeit und einem geringeren privaten Verbrauch aufgrund sinkender Einkommen der Haushalte. In Ländern wie Dänemark oder Deutschland ist der negative Investitionseffekt aufgrund ihrer handels-offenen und industriebasierten Wirtschaftsstruktur stärker als beispielsweise in Frankreich.

Trump hat sich verzockt

Trump scheint sich mit den Grönlandzöllen verzockt zu haben, weil er die eigenen Verwundbarkeiten ebenso unterschätzte wie den Gegenwind von EU, Finanzmärkten und US-Kongress. Aus mehreren Gründen wollte die EU zu Recht zu spürbaren Gegenmaßnahmen greifen. Erstens sind selbst nur verbale Angriffe auf die Souveränität eines EU-Partners nicht tolerierbar. Zweitens war die Strategie des Appeasements gegenüber Trump gescheitert und brachte keine Verlässlichkeit. Daher hat die EU zu einer Sprache der Stärke gefunden. Auch wenn sicherheitspolitische Abhängigkeiten bleiben, sind die ökonomischen EU-US-Verflechtungen so eng, dass die USA verwundbar sind. Das gilt, drittens, ganz besonders gegenwärtig – also im Vorfeld der US-Zwischenwahlen im November. Denn die Zustimmung zu Donald Trump ist mit netto minus 19 Prozent Mitte Januar 2026 auf einem Tiefpunkt angelangt (Economist, 2026). Das macht Trump verwundbar. Hinzu kommt, dass in den Umfragen das Thema Inflation als größte Herausforderung heraussticht, bei republikanischen Wählern noch mehr als bei demokratischen. Prognosen gehen in diesem Jahr von einem Anstieg der Verbraucherpreise auf 3 Prozent oder mehr aus. Donald Trump kann sich also vor den Midterms einen eskalierenden Handelskonflikt mit der EU nur schwer leisten. Erstens würden deutlich höhere US-Zölle die Inflation weiter

anheizen. Zweitens würde ein solcher Konflikt nicht nur uns, sondern auch der US-Wirtschaft schaden. Denn sie ist importseitig stark auf Waren aus der EU angewiesen (Sultan/Matthes, 2025). Wenn wichtige EU-Vorprodukte ausblieben, würde die US-Industrie stocken. Zudem sind die USA auch auf der Kapitalsseite verwundbar. Wenn europäische Investoren in größerem Umfang Gelder aus den USA abzögen, würde das die US-Anleiherenditen steigen lassen. Für die US-Regierung würden die Zinskosten für die hohe und weiter steigende Staatsverschuldung deutlich wachsen.

Zwei weitere Faktoren haben wohl zum Einlenken Trumps beigetragen. Die Finanzmarktreaktion auf die Grönlandzölle war zwar verhaltener als am Liberation Day im April 2025. Das mag auch an der Erwartung gelegen haben, Trump würde noch zurückrudern. Dennoch verbuchten die US-Börsen die größten Kursverluste seit Oktober 2025. Die Anleiherenditen der US-Staatstitel stiegen leicht an und der US-Dollar verlor etwas an Wert. Das war zumindest ein Warnschuss für Trump. Zudem gab es aus der republikanischen Partei Druck, den transatlantischen Handelskonflikt nicht zu eskalieren und auch die militärische Drohung gegenüber Grönland vom Tisch zu nehmen. Es bleibt aber wohl eine vergebliche Hoffnung, dass diese Episode vor neuen Zolldrohungen schützt.

Literatur

Hinz, Julian et al., 2026, Grönland-Zölle, <https://www.kielinstitut.de/de/themen/kiel-trade-and-tariffs-monitor/> [22.1.2026]

The Economist, 2026, Donald Trump's approval rating, [Donald Trump's approval rating | The Economist](#) [25.1.2026]

Fitch, 2026, US Threat of Greenland Tariffs Raises European Geopolitical Risks, [US Threat of Greenland Tariffs Raises European Geopolitical Risks](#) [22.1.2026]

Sultan, Samina, 2025, US-Zölle. Wie stark leiden die deutschen Branchenexporte? Eine empirische Bestandsaufnahme, IW-Report, Nr. 67, Köln

Sultan, Samina / Matthes, Jürgen, 2025, Importabhängigkeit der USA von der EU. Eine detaillierte Bestandsaufnahme, Studie gefördert durch das Auswärtige Amt, IW-Report, Nr. 41, Köln